

„Hamburger Erklärung gegenseitiger Solidarität bei Angriffen von Rechts auf Bildung und Kultur“

verabschiedet auf der Tagung „Es geht uns alle an“ zu Strategien gegen Rechts in Bildung und Kultur am 25. und 26. Oktober 2019 auf Kampnagel

Wir als Aktive aus Bildung und Kultur erklären: Wir müssen handeln und Position beziehen!

Rechtspopulist*innen, Neonazis und extreme Rechte verfolgen das Ziel, gesellschaftliche Wertvorstellungen zu verschieben. Sie verbreiten Verschwörungstheorien und menschenverachtende Ideologien, um die diverse und demokratische Gesellschaft anzugreifen. Als deren zentrale Stützpfeiler machen sie Bildung und Kultur aus. Mit ihrem ‚Kulturkampf‘ wollen sie eine nationalistische, völkische und homogene ‚deutsche Leitkultur‘ durchsetzen. Ob in Schule, am Theater oder im Betrieb: Wir alle sind verstärkt seit dem Einzug der AfD in die Parlamente von massiven Angriffen und Bedrohungen von Rechts betroffen. Rechtspopulist*innen, Neonazis und extreme Rechte stören Veranstaltungen, wollen in Spiel- und Lehrpläne eingreifen und versuchen die Freiheit von Bildung und Kunst einzuschränken. Sie schüren Misstrauen und stacheln zu Denunziationen auf. Wenn es nach ihnen gehen würde, soll unsere selbstverständlich demokratisch-antifaschistische Haltung diskreditiert und gesellschaftlich geächtet werden.

Wir treten für eine offene und plurale Gesellschaft ein und verwehren uns gegen Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte. Wir sind überzeugt: Gemeinsam sind wir stärker und können den Angriffen von Rechts etwas entgegensetzen. Solidarischer Antifaschismus geht uns alle an – für eine vielfältige Gesellschaft!

Deswegen verpflichten wir uns als Aktive aus Bildung und Kultur in Hamburg:

- Wenn jemand von Rechtspopulist*innen, Neonazis und extremen Rechten angegriffen wird, treten wir für die Betroffenen ein. Wir unterstützen sie als Individuen und als Institutionen und ermutigen andere, sich uns anzuschließen.
- Wir wollen eine plurale, demokratische und inklusive Gesellschaft stärken.
- In unseren eigenen Tätigkeitsbereichen wollen wir für Inklusivität, Diskriminierungsfreiheit und vielfältige Zugänge eintreten.
- Wir schließen uns zusammen und verteidigen die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Bildung.

25. & 26. 10.